

# Direkte Wahrnehmung der Rechte macht Bürger aus

Vormalige „Bürgerinitiative gegen die Nordtrasse“ in Weingarten übergibt ihre Dokumente dem Bürgermeister

Von unserer Mitarbeiterin  
Marianne Lothar

**Weingarten.** Acht Aktenordner füllen die Unterlagen, die dokumentieren, wie bereits in den 70er und 80er-Jahren in Weingarten mutige Menschen einen demokratischen Prozess der Bürgerbeteiligung in Gang setzten, der Schule machte und heute zur politischen Kultur gehört. Es sind die Unterlagen der „Bürgerinitiative gegen die Nordtrasse“.

Fünf maßgebliche Mitglieder dieser Bürgerinitiative haben jetzt diese Akten als Abschluss einer historischen Bewegung in einer Feierstunde im Rathaus Bürgermeister Eric Bänziger übergeben

Unterlagen werden  
gescannt und archiviert

und über ihren Inhalt berichtet. Ausgangspunkt war die Mitteilung der Bundesbahn 1978, aufgrund des Eisenbahnkreuzungsgesetzes die beiden Bahnübergänge „Kärcherhalle“ und „Häcker“ zu schließen. Daraufhin beschloss der Gemeinderat noch im selben Jahr, die L 559 als Nordtrasse zu führen und anstelle des Bahnübergangs bei der Kärcherhalle eine Fußgänger- und Radfahrunterführung zu bauen. Klaus Gerbing setzte sich mit diesen Plänen auseinander. Eine Trasse im Norden und eine im Süden schien ihm Weingarten „einzuschneiden“, abgesehen von riesigem Flä-



ALTE AKTEN INS RATHAUS gebracht haben (von links) Ellen Kleiber, Werner Burst und seine Frau, Klaus Gerbing, Fritz Küntzle und Gerd Presler.  
Foto: Lothar

chenverbrauch. Er fand Gleichgesinnte. Aus der Sicht des Gemeinderats berichtete die damalige FDP-Gemeinde- und Kreisrätin Ellen Kleiber von einem interfraktionellen Antrag des CDU-Rats Fritz Küntzle und ihr im Dezember 1978 zum Verzicht auf die Nordtrasse, eine Führung der L 559 im Süden mit der Option einer Anbindung an die B 3, den Bau einer Pkw-tauglichen Unterführung an der Kärcherhalle und einen ver-

kehrsgerechten Ausbau der Bahnhofstraße. Der Antrag wurde deutlich abgelehnt. Die Bürgerinitiative sammelte 1 400 Unterschriften, die vom Tisch gefegt wurden. Kleiber berichtete weiter, wie sie und Küntzle für das „beste Verkehrslinienkonzept“ gekämpft hätten: „Die Mehrheiten für die Nordumgehung wurden immer knapper. 1978 waren es zwei „Nein“-Stimmen, im Dezember 1980 stimmten acht dagegen, zehn da-

für. Bei der Abstimmung über die Stellungnahme der Gemeinde zur Vorplanung im Februar 1992 beschloss der Gemeinderat, die B 3 als Westumgehung zu führen. Am 1. Dezember 2001 wurde die Pkw-Unterführung bei der Kärcherhalle eingeweiht. Es lohnt sich, für seine Ziele zu kämpfen.“

In welchem Maß sich die Bevölkerung mittlerweile an dieser Entscheidungsfindung beteiligen und ihre Meinung äußern wollte, erläuterte der heutige Gemeinderat Werner Burst: „Eine Alternative zur Vertretung der Bürger durch gewählte Parteien ist die Wahrnehmung ihrer Rechte durch die Bürger selbst.“ Im Kommunalwahlkampf 1980 entstanden die späteren Bürgerversammlungen. Gerd Presler zitierte aus einem Schreiben des Bürgers Erwin Nagel vom Dezember 1980, der „das Bürgerbegehren als eine Form der Bürgerbeteiligung“ sah „und damit als Ergänzung und Förderung der repräsentativen Demokratie und nicht als das Gegenteil“. Presler weiter: „Der Bürger definiert sich nicht dadurch, dass er alle fünf Jahren wählen geht, sondern durch direkte Wahrnehmung seiner Rechte.“

Bürgermeister Eric Bänziger dankte ihm für die Übergabe der Akten und fand anerkennende Worte für diese Mitarbeit der Bürger. Er wäre froh, wenn sich heute mehr Bürger bereit finden würden, an kollektiven Interessen mitzuwirken, anstatt nur an Einzelinteressen. Die Akten werde er einscannen und dauerhaft archivieren lassen.